

Eine der vielen Stiftungen der Familie Rothschild

Peter F. Baer,
Mitglied der Interessengemeinschaft Israel



Abb. 1: Amschel Mayer Rothschild
(1773 – 1855)

Wenn wir den Namen Rothschild hören, denken wir zunächst an eine unwahrscheinlich reiche Familie, über die schon sehr viel berichtet wurde. Fest steht aber auf jeden Fall, dass aus dieser Familie heraus sehr viel Gutes für arme Mitbürger getan wurde, was in vergangenen Tagen und auch heute noch für die Reichen dieser Welt nicht immer selbstverständlich war bzw. ist.

So gab es bis zu Beginn der Naziherrschaft 1933 sage und schreibe 25 Stiftungen der Rothschilds. Über eine davon soll hier anhand von zwei Belegen erzählt werden. Der Mann, um dessen Stiftung es hier geht, war Amschel Mayer Rothschild (1773 – 1855), der älteste Sohn von Mayer Amschel Rothschild (1744 – 1812) und Gutle Rothschild geb. Schnapper (1753 – 1849).

Zunächst jedoch einige Worte über die Familie Rothschild:

Die Vorfahren der Rothschilds hatten seit dem 16. Jahrhundert im Ghetto der Stadt Frankfurt, in der Judengasse gelebt. Die Häuser in der Judengasse waren nicht durch Hausnummern, sondern durch verschiedenfarbige Schilder oder besondere Warenzeichen gekennzeichnet. Da die Familie über Generationen in dem „Haus zum Rot(h)en Schild“ wohnte, etablierte sich bereits im 17. Jahrhundert der Familienname „Rothschild“. Mayer Amschels Vater, Amschel Moses Rothschild, betrieb in der Judengasse ein Geschäft für den Handel mit Kleinwaren und Geldwechsel.

Nach dem frühen Tod seiner Eltern machte sich Mayer Amschel 1764 mit zwanzig Jahren in der Judengasse als Münz- und Wechselhändler selbstständig. Viele Jahre später – 1789 – gelang Mayer Amschel Rothschild erstmals ein bedeutender Einstieg in das Bankgeschäft, als er mit Wilhelm, der seit 1785 als Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel in Kassel residierte, ein Wechseldiskontgeschäft abschließen konnte. Die Finanzgeschäfte mit dem Landgrafen stiegen zunächst aber nur langsam an. Erst mit der Beteiligung Rothschilds an dem Verkauf einer Geldanleihe an den Landgrafen im Jahr 1800, begannen die Bankgeschäfte erheblich im Umfang zu wachsen. Die Ernennung Mayer Amschel Rothschilds 1801 zum Hoffaktoren von Hessen-Kassel unterstrich seine steigende Bedeutung für die Finanzgeschäfte Wilhelms. 1804 konnte er erstmals allein eine Staatsanleihe auflegen und verkaufen.



Abb. 2: Geburtshaus von Amschel Mayer Rothschild in Frankfurt am Main.

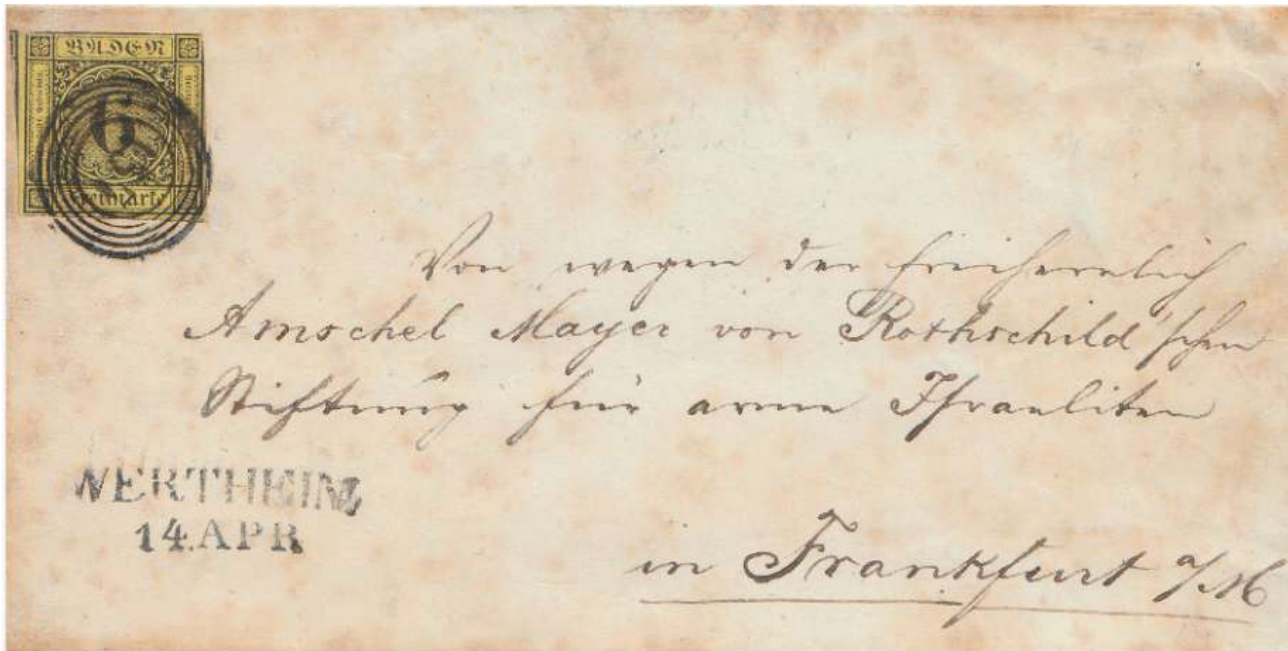


Abb. 3: Brief aus Wertheim an die „Stiftung für arme Israeliten“ in Frankfurt am Main.

Es handelte sich dabei um eine Anleihe des dänischen Staats, die Rothschild gänzlich an den 1803 zum Kurfürsten aufgestiegenen Wilhelm vermitteln konnte. Als Kassel 1806 von französischen Truppen besetzt wurde und Wilhelm I. ins Ausland fliehen musste, gelang es, den größten Teil des immensen Geldvermögens des Kurfürsten vor französischem Zugriff zu retten.

Die fürstlichen Finanzgeschäfte waren nun ausschließlich dem Bankgeschäft Mayer Amschel Rothschilds anvertraut. 1810 stellte er sein Unternehmen auf eine breitere Basis und nahm seine Söhne als Teilhaber auf. Bis zu seinem Tod im Jahre 1812 kümmerte er sich nun verstärkt um die Emanzipation der Frankfurter Juden. Aber zurück zu Amschel Mayer Rothschild, der als Ältester neues Familienoberhaupt wurde und die Leitung des Bankhauses in Frankfurt übernahm. Dort war zugleich auch der Stammsitz der inzwischen gegründeten Rothschild-Banken in London, Paris, Wien und Neapel, denen seine Brüder vorstanden. Amschel Mayer Rothschild konzentrierte sich auf die Fortsetzung der



Abb. 4: Rückseitiges Siegel des Wertheim-Briefs.

Tätigkeit als Hoffaktor verschiedener deutscher Fürsten. Die von seinem Vater mit Hilfe von Carl Friedrich Buderus aufgebaute Beziehung zum Hof von Hessen-Kassel spielten dabei eine wichtige Rolle. Daneben war er auch Schatzmeister und Finanzier des Deutschen Bundestages in Frankfurt. Dank der guten Beziehungen zu fast allen deutschen Mittel- und Kleinstaaten konnten die Rothschilds zwischen 1820 und 1830 das Bankhaus Gebrüder Bethmann als im deutschsprachigen Raum führenden Emittenten von Staatsanleihen verdrängen.

Frankfurt wurde zum wichtigsten Börsenplatz und Zentrum des Kapitalmarkts in Deutschland. Amschel Mayer Rothschild blieb den Traditionen des orthodoxen Judentums absolut treu und war ein ausdrücklicher Gegner der jüdischen Reformbewegung. Er war auch sehr an der Geschichte seines Volkes interessiert. Als 1840 in Spanien zahlreiche Klöster beschlagnahmt wurden, wies er seinen Agenten an, alle Dokumente mit jüdischen Bezug in Sicherheit zu bringen. Aber auch für Gemälde und Münzen hatte er ein Herz als Sammler. Er bemühte sich auch um die rechtliche Gleichstellung der über 4000 Frankfurter Juden, die etwa 10 Prozent der Bevölkerung ausmachten. In der Konstitutionsergänzungsakte, der 1816 erlassenen Verfassung der Freien Stadt Frankfurt, waren ihre bürgerlichen Rechte erneut beschnitten worden und zwar unter Berufung auf den mehrheitlichen Willen der christlichen Bürgerschaft. Triebfeder waren hier das Handwerk und der Handel, die die Konkurrenz der jüdischen Bürger fürchteten.

1817 wurde Amschel Mayer Rothschild von Kaiser Franz II. von Österreich geadelt, 1822 in den österreichischen Freiherrnstand erhoben.

Mit Unterstützung von Fürst Metternich und dem preußischen Staatsminister Hardenberg und anderen Fürsten, veranlasste A. M. Rothschild zwischen 1816 und 1824 mehrere Bittschriften der Israelitischen Gemeinde die Gleichstellung der Frankfurter Juden betreffend an den Senat der Freien Stadt. 1824 wurden die Juden als israelitische Bürger den Christen privatrechtlich gleichgestellt, aber erst 1864 hob Frankfurt als zweiter deutscher Staat nach dem Großherzogtum Baden (1862) alle Beschränkungen der Bürgerrechte auf und stellte die Juden den übrigen Bürgern gleich.

Anders als sein Vater, dessen wohlthätiges Wirken noch in der althergebrachten jüdischen Tradition der Zedaka (übersetzt: „Wohlthätigkeit“, ein jüdisches Gebot. Zedaka spielt in der jüdischen Tradition eine wichtige Rolle. Jüdische Männer und Frauen sind ihr gleichermaßen verpflichtet) stand, begann Amschel Mayer Rothschild mit einer äußerst umfangreichen Stiftungstätigkeit der Familie Rothschild.

Die Stiftung, um die es hier geht, errichtete er 1849 als die Freiherrlich Amschel Mayer von Rothschild'sche Stiftung für die armen Israeliten der Stadt Frankfurt am Main. Sie wurde mit 1,2 Millionen Gulden (1 Gulden in etwa 15 Euro) ausgestattet. Auftrag dieser Stiftung war unter anderem das Haus zum Grünen Schild, das Stammhaus der Familie Rothschild, zu erhalten und für wohlthätige Zwecke zu verwenden. Darüber hinaus förderte Amschel Mayer Rothschild das jüdische Leben Frankfurts durch zahlreiche Spenden, zum Beispiel für Synagogen, Krankenhäuser und Krankenkassen (Abb. 3).

Dieser Brief stammt laut Siegel (Abb. 4) vom Großherzoglichen Synagogen-Rath Wertheim. Urkundlich ist erstmalig im Jahr 1222 ein in Wertheim ansässiger Jude erwähnt. Dieser Ort gehörte somit zu den ältesten Ansiedlungen jüdischer Familien in Baden. Seit 1827 war Wertheim Sitz eines Bezirksrabbinats und im Jahr 1855, aus dem der Brief stammt, lebten in Wertheim 115 Juden, was 4 % der Gesamtbevölkerung ausmachte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten mehr als 200 Juden in Wertheim. In der Weimarer Republik verkleinerte sich die Gemeinde Wertheim zusehends infolge Abwanderung meist jüngerer Menschen in deutsche Großstädte.

1939 nach Kriegsbeginn wurden die 21 noch in Wertheim lebenden Juden für mehrere Wochen in einem „Judenhaus“ zwangsuntergebracht. Danach wurden die meisten von ihnen im Oktober 1940 ins südfranzösische Lager Gurs deportiert. Von dort führte ihre Spur in die Vernichtungslager im besetzten Osteuropa. Mindestens 35 jüdische Bewohner Wertheims kamen im Zuge der NS-Verfolgung ums Leben. Soviel zu dem Brief aus Wertheim von 1855, mit dem der dortige Synagogen-Rath entweder um finanzielle Unterstützung für hilfsbedürftige Juden bei der sechs Jahre zuvor gegründeten Stiftung in Frankfurt gebeten hatte, eine Geldquittung zuschickte oder eine sonstige Korrespondenz führte.

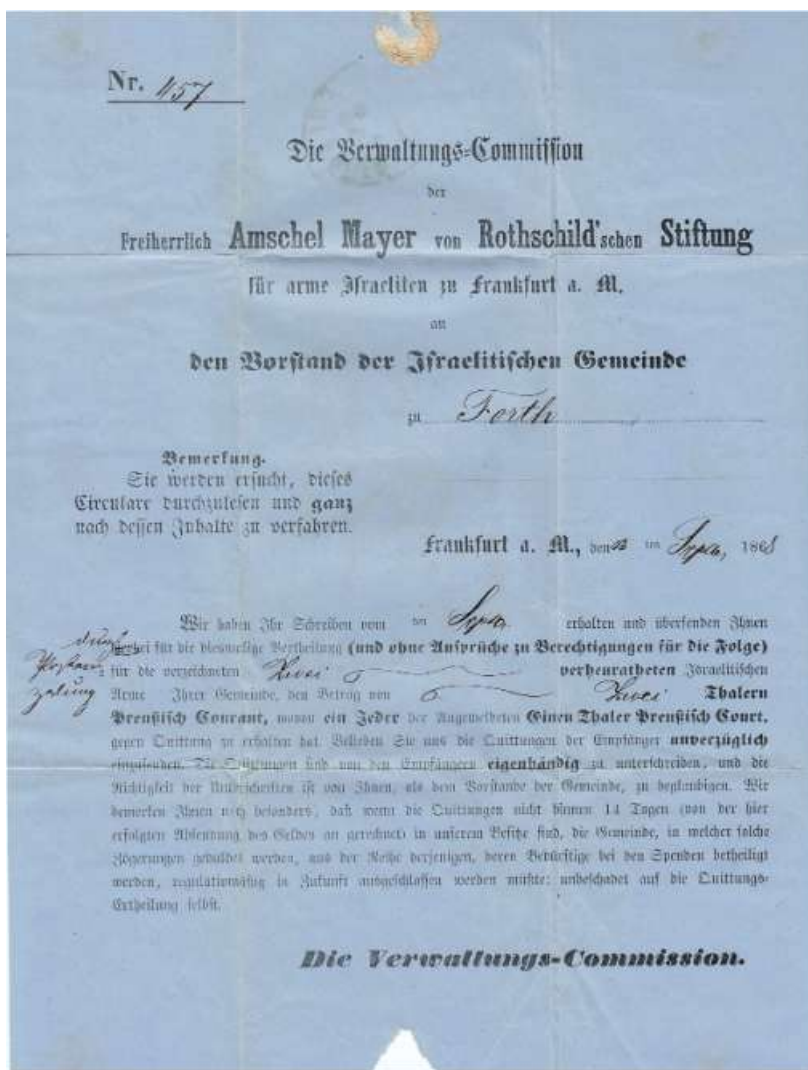


Abb. 5: Brief aus Forth an die von Rothschildsche Stiftung in Frankfurt am Main.

Bei einem anderen Beleg aus dem Jahre 1868 ist die Stiftung der Absender (Abb. 5 und 6). Dieser Brief ging an den Vorstand der israelitischen Gemeinde in Forth, einem Dorf 20 km nordöstlich von Nürnberg, um 1100 als Bauerngut gegründet. Im Forther Gemeindebuch werden erstmalig 1670 Juden genannt. In der Folgezeit bildete sich eine jüdische Gemeinde, die ununterbrochen bis in die NS-Zeit Bestand hatte. Den Dorfbesitzern, den Herren von Gotzmann und Binau, mussten die zugezogenen Familien Abgaben entrichten: Wer sich niederließ, musste drei Gulden Aufzugsgeld zahlen. Hinzu kamen Schutzgelder, Opfergulden an Michaelis sowie Zoll- und Nachtgebühren, wenn auswärtige Juden im Ort übernachteten. Extra erfunden wurden das Holzhauergeld und Abgaben für die Jagdhunde der Reichsritter von Binau. Um 1750 lebten in Forth mehr jüdische als christliche Familien; ein Teil der Juden verfügte damals über eigene Häuser, die zu beiden Seiten der Hauptstraße lagen; der andere Teil wohnte zur Miete. Die Forther Juden unterstanden teilweise der bayrischen Landeshoheit, teilweise waren sie der Reichsstadt Nürnberg schutzgeldpflichtig



Abb. 6: Anschriftseite des Briefs aus Forth bei Nürnberg.

Um 1800 sah die Berufsstruktur der jüdischen Bevölkerung wie folgt aus: Sieben Viehhändler, sieben Händler ohne nähere Bezeichnung, vier Metzger, drei Webmeister, zwei Schnittwarenhändler, ein Landesprodukthändler, ein Geldhändler, ein Cigarrenmeister und zwei Tagelöhner. 1830 lebten in Forth 225 Juden, was 36 % der Dorfbevölkerung entsprach, 1868 (dem Jahr des gezeigten Briefes) waren es 151 Personen. 1938 waren es noch 15 Juden, die alle dem Holocaust zum Opfer fielen. So viel kurz zur Geschichte der Juden in Forth.

Dieser vorgedruckte Brief aus Frankfurt lässt die straffe Organisation der Stiftung erkennen. Es geht los mit dem Hinweis, man möge dieses Circular durchlesen und ganz nach dessen Inhalt verfahren. Dann wird der Erhalt des Bittschreibens vom September bestätigt und mitgeteilt, dass per Posteingahlung zwei Taler Preußisch Courant für zwei verheiratete israelitische Arme überwiesen wurden. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass durch diese Bezahlung keine Folgeansprüche geltend gemacht werden können. Jeder der beiden genannten Armen hat einen Taler gegen Quittung, die unverzüglich nach Frankfurt gesandt werden muss, zu erhalten. Die Quittungen sind von den Empfängern persönlich zu unterschreiben und vom Gemeindevorstand zu beglaubigen. Wenn die Quittungen nicht binnen 14 Tagen (ab Geldsendung gerechnet) bei der Stiftung in Frankfurt hingehen, wird die Gemeinde, die solche Verzögerungen duldet, aus der Reihe derjenigen, die Spendengelder erhalten, regulativ ausgeschlossen. Das waren ganz klar formulierte Bedingungen und jede Gemeinde, die Spendengelder erhielt, beeilte sich ganz gewiss, diese Vorgaben einzuhalten. Soviele zu diesen beiden rund 150 Jahre alten Belegen, die von einer ehemaligen jüdischen Stiftung erzählen. Stiftungen gibt es übrigens in Deutschland seit über 1000 Jahren.

Quellen: Wikipedia